



**Jörg Angelé**  
Senior Economist

Kommentar

## Energiepreisanstieg wird Inflation lange Zeit befeuern

18. Oktober 2021

[www.bantleon.com](http://www.bantleon.com)

In der EU wird Erdgas an der Börse zurzeit zum sechsfachen Preis gehandelt wie Ende 2020. Der Strompreis hat sich seither vervierfacht und Rohöl der Sorte Brent kletterte Ende der vergangenen Woche auf knapp 86 USD je Fass – das entspricht einem Anstieg um mehr als 200% seit April 2020.

Diese massiven Preissprünge werden zwar nicht eins zu eins bei den Konsumenten ankommen, im Jahresdurchschnitt werden die im Harmonisierten Verbraucherpreisindex der Eurozone abgebildeten Energiepreise jedoch um etwa 12% höher liegen als 2020. Während deutsche Konsumenten die höheren Preise bisher vor allem an der Tankstelle und beim Auffüllen ihrer Heizöltanks zu spüren bekommen, müssen Haushalte in Frankreich, Italien und Belgien auch für Erdgas bereits deutlich tiefer in die Tasche greifen. Spanische Verbraucher sehen sich mit erheblich gestiegenen Stromkosten konfrontiert.

Angesichts der scheinbar unaufhaltsam steigenden Energiepreise wird inzwischen auch die Politik nervös. Zahlreiche Regierungen haben bereits Massnahmen ergriffen, um den Preisanstieg für ihre Bevölkerung abzumildern. Diese Woche wird das Thema auf dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs erörtert werden. Die EU-Kommission hat bereits Vorschläge unterbreitet, wie die Folgen der höheren Preise für Konsumenten und Unternehmen gedämpft werden können. Diese umfassen neben der finanziellen Unterstützung einkommensschwacher Haushalte auch die befristete Senkung von Energiesteuern bzw. der Mehrwertsteuer auf Energieträger. Einige Länder wie Frankreich und Spanien gehen sogar noch einen Schritt weiter: Hier werden die Endabnehmerpreise für Strom- und Gaskunden temporär gesetzlich gedeckelt.

Trotzdem kommt bei den Gas- und Strompreisen das dicke Ende für die privaten Haushalte aber noch: In Frankreich und in Italien steigen die Preise für Erdgas in diesem Monat um etwa 15%, unter anderem in Deutschland werden die Versorgungsunternehmen ihre Preise zu Beginn des nächsten Jahres kräftig anheben. Selbst wenn der Anstieg beim Rohölpreis – und damit bei Kraftstoffen bzw. Heizöl – zum Stillstand kommt, werden die Energiepreise im nächsten Jahr daher nochmals zweistellig zulegen und somit die Inflationsrate nach oben drücken.

Die von der Politik bereits ergriffenen bzw. geplanten Massnahmen reichen mithin nicht aus, um den Energiepreisanstieg umzukehren oder gar die Inflationsrate zu drücken. Kurzfristig führen sie lediglich zu einer Dämpfung des Teuerungsdrucks. Was sie dagegen in jedem Fall bewirken, ist die Verschiebung eines Teils des Preisauftriebs in die Zukunft: Wenn im nächsten Jahr die Deckelung von Preisen und die Senkung von Steuern ausläuft, werden die Verbraucherpreise für Strom und Gas einen neuerlichen Satz nach oben machen.

Die von der Politik nun in die Wege geleitete Streckung des inflationären Impulses bei den Energiepreisen gräbt der Behauptung, beim aktuellen Inflationsschub handele es sich lediglich um ein temporäres Phänomen, zusätzlich das Wasser ab. Die EZB wird daher nicht umhinkommen, ihre Inflationsprognosen für die kommenden Jahre weiter anzuheben. Das wird Spekulationen über eine rascher als bis dato erwartete Rückführung ihrer ultraexpansiven Geldpolitik weitere Nahrung geben.

## **Rechtlicher Hinweis**

Die in diesem Beitrag gegebenen Informationen, Kommentare und Analysen dienen nur zu Informationszwecken und stellen weder eine Anlageberatung noch eine Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anlageinstrumenten dar. Die hier dargestellten Informationen stützen sich auf Berichte und Auswertungen öffentlich zugänglicher Quellen. Obwohl die BANTLEON BANK AG der Auffassung ist, dass die Angaben auf verlässlichen Quellen beruhen, kann sie für die Qualität, Richtigkeit, Aktualität oder Vollständigkeit der Angaben keine Gewährleistung übernehmen. Eine Haftung für Schäden irgendwelcher Art, die sich aus der Nutzung dieser Angaben ergeben, wird ausgeschlossen. Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine Rückschlüsse auf die künftige Wertentwicklung zu.